Petition für mehr Klimaschutz gestartet

Klimarettung soll eine Pflichtaufgabe für Kommunen werden

Buchholz/Nordheide. Der Klimawandel schreitet voran, Städte und Gemeinden wollen dagegen etwas tun. Doch vielfach scheitert die Umsetzung am Geld, fehlendem Personal und entsprechenden Kompetenzen. Das jedenfalls bekommen Umweltschützer immer wieder zu hören. "Die Klimarettung darf keine freiwillige Leistung mehr sein. Er muss für die Kommunen zur Pflichtaufgabe werden", sagt Peter Eckhoff, Vorsitzender der Klimaschutz-Initiative Buchholz

Er fordert von der Politik und Verwaltung mehr Engagement:

"In politischen Debatten hören wir immer wieder, dass größere Schritte im Klimaschutz und gesetzlichen Rahmenbedingungen einfach nicht möglich seien", sagt Eckhoff. "Damit sich das ändert und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, hat Buchholz Zero sich mit anderen niedersächsischen Lokalgruppen von German Zero zusammengeschlossen und als Aktionsbündnis Niedersachsen Zero eine Petition beim Niedersächsischen Landtag eingereicht." Diese kann bis Montag, 3. April, von allen online mitgezeichnet werden, auch außerhalb von Niedersachsen und egal welchen Alters oder welcher Nationalität. So könne Niedersachsen zum Vorreiter und Vorbild für andere Bundesländer werden.

Nach Meinung der Umweltschützer muss Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe sein. Alle Akteure der Kommune, auch Unternehmen und Privatpersonen, müssten einbezogen werden. Dafür sei ein zentral koordiniertes und ämterübergreifendes Klimaschutz-Team in jeder Kommune, erforderlich, Laut

des Klimaschutz-Team in jeder Kommune erforderlich. Laut plänen unterstützen. "Um Planungssicherheit für die

Petition von Niedersachsen

Zero soll das Land die Kommu-

nen mit standardisierten Sofort-

maßnahmenpaketen, Energie-

datenbanken und Klimaaktions-

In Buchholz in der Nordheide hat es mehrfach Demonstrationen für den Kampf gegen den Klimawandel gegeben. Die Teilnehmer fordern fordern wirksamere Maßnahmen gegen die Erderwärmung. Foto: cb

Kommunen zu ermöglichen, braucht es einen langfristigen Finanzierungsplan, zum Beispiel ein festes Klimabudget pro Einwohner gemäß Vorschlag des Deutschen Städtetags", betont Eckhoff. "Außerdem sind vorhandene Gelder umzuschichten und klimaschädliche Subventionenabzuschaffen. Einzelpflichtaufgaben, beispielsweise zur Mobilitätswende, müssen eingeführt werden."

Die Petition gilt als erfolgreich, wenn diese von mindestens 5000 Bürgern mitgetragen wird. In diesem Fall muss der Landtag öffentlich erklären, wie mit den Anliegen umgegangen wird. Unterstützt wird die Eingabe vom Bundesverband Klimaschutz, German Zero, Fridays for Future Niedersachsen und vom Klimabündnis. Weitere Informationen zur Petition auf niedersachsenzero.de. cb

Böhme-Zeitung vom 24. März 2023